

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/174

Bad Godesberg, den 12. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	<u>Es blieb eine Vision</u>	40
	Nach der Rede de Gaulles im polnischen Parlament	
2 - 3	<u>Zahlen, die zu denken geben</u>	51
	Die sozialpolitische Lage der Bergleute	
	Von Fritz Büttner, MdB	
3	<u>Fragen über Fragen ...</u>	52
	Ein politischer Frühschoppen auf dem Lande	
	MdB Gerd Jahn praktiziert eine neue Methode der politischen Begegnung	

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute!

SED setzt Gespräche mit Verbänden fort  
Gute Nachbarschaft in einer europäischen Friedensordnung  
de Gaulle an 1921 erinnert  
Korrekte Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland  
Ein empörender Vorgang  
"Auch wir Deutsche haben Anspruch auf Recht"  
Beharrlich zur guten Sache stehen  
Touristenreisen nach Osteuropa

\* \* \*

### Es blieb eine Vision

---

#### Nach der Rede de Gaulles im polnischen Parlament

sp - Während de Gaulle für seine Erklärungen zur Oder-Neiße-Grenze in Polen begeisterte Zustimmung erhielt, hat man seinen Versuch, ein neues Europa-Konzept anzusteuern, ziemlich kühl, wenn nicht gar schroff, zurückgewiesen. De Gaulle hat das sicher erwartet. Er weiß nur zu gut, daß die Westmächte Polen in seinen schwersten Stunden nicht schützen konnten und daß aus diesen Grunde nach wie vor für die polnische Regierung ein Anlehnungs- und Schutzbedürfnis gegenüber dem großen Bruder im Osten besteht. Gomulka hat dies in seiner Antwortrede mit aller Deutlichkeit gesagt und damit eigentlich nur wiederholt, was jeder weiß.

Trotzdem: Es wäre falsch, aus der Gegenüberstellung des Jubels auf der einen und der Zurückweisung auf der anderen Seite den Schluß zu ziehen, ein Mann wie de Gaulle würde jetzt darauf verzichten, seine politischen Visionen für Europa aufzugeben. Der französische Staatspräsident hat schon oft ganz bewußt und auch dort, wo er es erwarten mußte, Widersprüche zu seinen Ansichten provoziert. Diese Art des politischen Gesprächs gehört zu seinen Methoden. Man kann daher also annehmen, daß de Gaulle, solange ihm die Kraft dazu verbleibt, immer wieder und an jedem Ort von einem "befriedeten Europa" sprechen wird, in dem die einzelnen Nationalstaaten, entsprechend ihrer historischen und geographischen Bedeutung eine souveräne Rolle als Nation spielen sollen.

In der Bundesrepublik kann man davon ausgehen, daß de Gaulle in einen solchen Rahmen auch ein wiedervereinigtes Deutschland stellt und daß die These von der Existenz zweier deutscher Staaten zutiefst seinem Wesen und seiner Auffassung von der Rolle der Nation widerspricht.

In Warschau jedenfalls weiß man jetzt, daß der mit Begeisterung empfangene und verabschiedete französische Staatspräsident sein Europa nicht mit zwei, sondern mit einem deutschen Staat sieht. Es mag in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß sogar Gomulka anlässlich der Unterzeichnung des Freundschaftspaktes zwischen Warschau und Ostberlin in diesem Frühjahr auch von der "Freilegung des historischen Weges zur Vereinigung Deutschlands" gesprochen hat; übrigens sehr zum Mißfallen Ulbrichts und seiner Freunde.

Als Ergebnis der Polen-Reise des französischen Staatspräsidenten darf deutscherseits wohl festgestellt werden, daß die Bemühungen der Bundesregierung um die Schaffung eines verbesserten Klimas auch zu den osteuropäischen Staaten die Voraussetzung für die Lösung unserer nationalen Probleme ist und bleibt.

Zahlen, die zu denken geben

Die sozialpolitische Lage der Bergleute

Von Fritz Büttner, MdB

Es ist nicht wegzudiskutieren, daß es in unserer Bundesrepublik einen Berufsstand gibt, dem in den letzten Jahren übel mitgespielt worden ist. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 haben sowohl die Unternehmer als auch der Staat um den Bergmann geworben. Mit Lebensmittelpaketen, verhältnismäßig guten Löhnen, Siedlungsmöglichkeiten und anderen Angeboten wurde ihm die Arbeit untertage schmackhaft gemacht. Ohne zu planen wurden ihm noch im Jahre 1965 vom früheren Wirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard 140 Millionen Steinkohlenabsatz versprochen, obwohl seit 1958 Kohlen auf Halden gelegt werden mußten. Die jetzige Regierung muß auch in dieser Beziehung mit einem bösen Erbe fertigwerden. Ich will meine Ausführungen über diese wirtschaftspolitische Tragödie nicht vertiefen, obwohl, um der Klarheit willen, noch sehr viel dazu zu sagen wäre.

Es geht bei der Lage der knappschaftlichen Rentenversicherung auch um die Notwendigkeit, einige Zahlen deutlich und verständlich zu machen. Es wird von Renten in Höhe von 1.000 DM gesprochen. Renten in dieser Höhe können und sollen nicht bestritten werden, sie sind aber keine Diskussionsgrundlage. Die durchschnittliche Knappschaftsrente wegen Erwerbsunfähigkeit beträgt 517,43 DM und das durchschnittliche Knappschaftsruhegeld bei Vollendung des 65. Lebensjahres 606,49 DM monatlich, in der Arbeiterrentenversicherung und Angestelltenversicherung betragen die durchschnittlichen Monatsrenten wegen Erwerbsunfähigkeit DM 197,13 bzw. 282,01 DM und die Ruhegelder bei Vollendung des 65. Lebensjahres 260,82, bzw. 440,47 DM. Nur von diesen Durchschnittszahlen kann man ausgehen. Beamte des einfachen und mittleren Dienstes würden sich bei Gehaltsverhandlungen zu Recht wehren, wenn ihnen die Gehälter des gehobenen Dienstes vorgehalten würden. Man kann bei der Prüfung der Frage, ob und in welchem Umfang an den Rentenleistungen gespart oder gekürzt werden soll, nicht übersehen, die Vielzahl der Rentner, die unter dem Durchschnitt liegen. Das

läßt sich mit Artikel 20 des Grundgesetzes nicht vereinbaren und würde auch noch andere Konsequenzen mit sich bringen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die alten Bergleute Beiträge zur Invalidenversicherung und knappschaftlichen Pensionskasse gezahlt haben und daß der Beitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung 23,5 Prozent beträgt, während der Beitrag zur Arbeiter- und Angestelltenversicherung 14 Prozent, also 9,5 Prozent weniger beträgt.

Laut Unfallbericht - Bundestagsdrucksache V/1470 S. 54 - starben in der Bundesrepublik im Jahre 1965 181 Bergleute an Silikose und Silikotuberkulose. Wahr ist aber, daß es 2.376 Bergleute waren, die diesen qualvollen Tod erleiden mußten. In den Jahren 1946 bis 1965 erkrankten 80.926 Bergleute an einer entschädigungspflichtigen Silikose oder 4.046 jährlich. Diese schrecklichen Zahlen wirken sich natürlich auch auf die knappschaftliche Rentenversicherung in bezug auf Rentenlast und Beitragsausfall wegen Früherwerbsunfähigkeit aus. 719.515 Rentenempfängern mit einer Durchschnittsrente von 425,34 DM stehen am 31. Mai 1967 413.193 Versicherte gegenüber, ein Zustand, den der Bergmann nicht gewollt und auch nicht zu verantworten hat. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, alle die, die es angeht, zu veranlassen, über ein schwieriges Thema behutsam zu diskutieren und vorsichtig zu entscheiden.

+ + +

#### Fragen über Fragen ...

#### Ein politischer Frühschoppen auf dem Lande

MdB Gerd Jahn praktiziert eine neue Methode der politischen Begegnung

NHZ - "Wie sieht es mit unserer Mittelpunktschule aus?" - "Was wird in Zukunft aus den ausländischen Gastarbeitern?" - "Warum wird in der Bundesrepublik von der öffentlichen Hand nicht mehr gespart?" - "Welche Auswirkungen wird die Mehrwertsteuer haben?" - "Aus welchem Grund läßt die Bundesregierung moderne Lenk Waffen-Zerstörer im Ausland bauen?"

Fragen über Fragen - gestellt nicht in einer Arbeitstagung, einer Konferenz, einer abendlichen Diskussion, sondern während eines Politischen Frühschoppens in der kleinen Landgemeinde Calern im Kreis Marburg. Der Marburger Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gerd Jahn, praktiziert diese neuartige und originelle Methode der politischen Begegnung mit seinen Wählern bereits seit einigen Monaten an mehreren Sonntagvormittagen mit überraschend großem Erfolg.

Seine Partner sind nicht - wie bei dem großen Fernseh-Vorbild Werner Höfers - prominente in- und ausländische Journalisten, sondern schlichte Bauern, Arbeiter und Handwerker, Parteifreunde und politische Gegner, Wähler und Keuglerige. Auch in Caldern stammten die etwa 50 Teilnehmer aus den verschiedensten Berufen, aus allen Altersgruppen.

Die Fragen der politisch bemerkenswert interessierten und teilweise überraschend gut informierten Männer prasselten auf den Abgeordneten nieder. Sie waren ganz im Gegensatz zu vielen Aussprachen im Anschluß an abendliche Partei- oder Wahlversammlungen, sehr sachlich, scharf, pointiert, aber niemals persönlich verletzend.

Gerd Jahn ist über den Erfolg dieser neuen Form der Begegnung mit seinen Wählern selbst überrascht. Menschen, die in normalen Wahlveranstaltungen kaum einmal zu sehen sind, nutzen diese Sonntagsvormittagsstunden, um einmal über politische Fragen mit dem Abgeordneten diskutieren zu können, um etwas über die Hintergründe der großen Politik zu erfahren.

Es wird dabei manch offenes Wort "von Mann zu Mann" gesagt, es werden Tatsachen deutlich ausgesprochen, die in einer Zeitung stehen und es werden Vergleiche gezogen, die bemerkenswert fair sind.

Da ging es - um beim Beispiel Caldern zu bleiben - um die Gefahr der "verlängerten Werkbank Deutschland", dem Ausverkauf der deutschen Wissenschaft, da wurde die technologische Zusammenarbeit in Europa angesprochen und die scharf ablehnende Stellung der Gewerkschaften zu den Notstandsgesetzen beleuchtet.

Und weiter: Warum werden Soldaten auf Zeit finanziell besser gestellt als Wehrpflichtige? Warum kann unsere Mittelpunktschule nicht zu einer großen Gesamtschule ausgestaltet werden? Weshalb läßt die Bundesregierung einen Ex-Kanzler ohne politische Vollmachten in der Welt herumreisen und für sie sprechen?

Gerd Jahn steht Rede und Antwort: Er bezeichnet die "Sonderspende" für Professor Erhard als keine gute Sache. Er sagt: Bundeskanzler Kiesinger sei bestrebt, die Regierung zu verkleinern und sparsamer zu gestalten, aber auch er sei kein Übermensch. Und ferner: Der Bau von drei Lenkwaffen-Zerstörern würde in der Bundesrepublik im Hinblick auf die Entwicklungskosten um ein Vielfaches teurer sein. Frage und Antworten wechseln in munterer Folge. Zwei Stunden lang. Und schließlich bringt die Burschenschaft dem Abgeordneten und seinen Wählern noch ein Ständchen - so daß aus dem Politischen Frühschoppen schließlich auch noch ein Musik-Frühschoppen wird.